



Der Reservist als Mittler

Lagebild Bundeswehr 2019

Kreisgruppe Münster - Akademie Biggesee 13.10.2019

Das öffentliche Bild der Bundeswehr wird bestimmt durch zahllose schlechte Nachrichten über den inneren Zustand und ihre Einsatzbereitschaft. Für die Medien gilt: Bad news are good news. Gründe werden wenig thematisiert. Die Einsätze in Mali und Afghanistan sind schwer zu vermitteln und stehen in der Kritik. Die zunehmenden Aktivitäten zur Stärkung der Bündnisverteidigung im Osten werden häufig als unangemessenes „Säbelrasseln“ abqualifiziert. Wenig weiß der Bürger über die zahllosen Aufträge und Aufgaben der Bundeswehr und deren Hintergrund. Viele Bilder sind in der Vergangenheit geprägt worden. Die Zukunftsentwicklung ist nur ein Thema für einen relativ kleinen Kreis von sicherheitspolitisch Interessierten. Rüstungsprodukte werden oft als Geldverschwendung betrachtet oder sind Requisiten für Actionszenen. Die im Reservistenverband organisierten Mitglieder sind gefordert, das Gespräch zu suchen und im Alltag fern aller Fachsymposien und Hochwertveranstaltungen Sinn und Zweck unserer Streitkräfte, akute Probleme und mögliche Lösungswege zum Thema zu machen und ein wenig über Sachverhalte aufzuklären und falsche Bilder zu korrigieren.

Die potentiellen militärischen Risiken auf dem europäischen Kontinent wurden unlängst in der ZDF-Reportage „Alte Bündnisse – Neue Bedrohungen“ hinreichend dargestellt. Wichtig ist, dass man seriöse Informationen über die tatsächlichen militärischen Risiken und Potentiale, die von Russland ausgehen, erhält. Überzeichnungen der Gefahr im Osten durch Boulevardmedien sind ebenso kritisch zu sehen wie die Selbstdarstellung militärischer Macht in den russischen Staatsmedien selber. Bei uns ist man ständig dem Vorwurf des Säbelrasselns ausgesetzt, wenn Bundeswehr und NATO auf die möglichen

Bedrohungen reagieren. Man sollte bei der Darstellung immer herausstellen, dass die eigentliche **Gefährdung nicht in einem massiven strategischen Angriff**, wie zur Zeit des Warschauer Paktes besteht, **sondern in der Destabilisierung einzelner Regionen an der russischen Peripherie**. So auch die Einschätzung von General Bühler, Kommandeur des integrierten NATO Kommandos in Brunssum /NL, Anfang September auf einer Veranstaltung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Russland möchte den Westen spalten und seine Nachbarstaaten mit allen Mitteln unter Druck setzen können. Dabei ist auch nie auszuschließen, dass in einer allgemeinen Krisensituation und nach Destabilisierung des Westens NATO-Territorium, das einst zum sowjetischen Machtbereich gehört hatte, als Faustpfand genommen werden könnte. Die Einnahme der Krim 2014 war ein Lehrstück. *Wenn allerdings der Westen in solch einer Situation nicht bereit und fähig wäre, militärisch zu reagieren, würde die Allianz wahrscheinlich auseinanderbrechen und Russland eine Dominanz in Europa erlangen! Dies zu verhindern und durch ausreichende Verteidigungsfähigkeit in allen Spektren vor jedem kriegerischen Abenteuer abzuschrecken muss Ziel einer friedenserhaltenden Politik in Europa sein. Dabei tritt das militärische Element neben politische, diplomatische, ökonomische und kulturelle Bemühungen.*

Regelmäßig zieht die Russische Föderation, oft auch mit zeitweiligen Alliierten wie zum Beispiel Weißrussland ihre Kräfte an den Grenzen zu **Manövern** zusammen, die nicht nur das militärische Zusammenspiel erproben sollen, sondern natürlich auch eine Signalwirkung auf die Nachbarn haben. Regelmäßige Übungen der NATO meist in einem gewissen Abstand zur Grenze sind die notwendige Antwort. Auch zur See sind die russischen Streitkräfte zunehmend aktiv und haben zum Beispiel, von den Medien weitgehend unbeachtet, in der westlichen Ostsee vor unserer Nase ein größeres Manöver abgehalten, das offensichtlich auch Landziele in der Planung hatte.

Risiken bestehen natürlich auch in anderen Teilen der Welt, vor allem für den **freien Seeverkehr**. Seewege können durch Piraten bedroht werden wie am Horn von Afrika oder vor der westafrikanischen Küste, strategische Meerengen, wie zum Beispiel im Augenblick die von Hormus, können durch reguläre Seestreitkräfte der Anrainer, aber auch mit asymmetrischen Mitteln wie Speedbooten, ferngelenkten Kampfbooten, Minen oder Sprengladungen gesperrt oder gefährdet werden.

Die **russische Militärdoktrin** beschreibt die Kräfte und Wirkmittel der offiziellen Militärdoktrin im Spektrum des hybriden Krieges und macht kein Geheimnis aus der Tatsache, dass die Russischen Föderation den Schutz von Russen über das eigene Territorium hinaus wahrnehmen würde. Sie versteht ihren strategischen Ansatz als defensive Maßnahme gegenüber einer Bedrohung aus dem Westen. Entscheidend ist dabei nicht die wahrgenommene, sondern die gefühlte Bedrohung, die sich auch daraus ergibt, dass das System Putin im Wettbewerb kaum zukunftsfähig ist. Russland verfügt über eine aggressive Militärdoktrin und ist ein einheitlich geführter autoritärer Akteur, der viele kleine Konflikte unterhalb der Art. 5 des NATO-Vertrages, der Schwelle für den Bündnisfall, schüren kann und damit den eigentlichen Bündnisfall unterläuft. Der politische Test kommt vor dem militärischen Test (Claudia Major). Russland als autoritärer Militärstaat unter einheitlicher Führung kann sehr schnell Entschlüsse fassen und Maßnahmen treffen und ist darin den Entscheidungsmechanismen der westlichen Demokratien und Allianzen überlegen.

Die unter dem Schlagwort des **hybriden Krieges** umschriebenen Konfliktformen sind nicht grundsätzlich neu. Immer schon haben Konfliktparteien versucht, lange vor einem Waffeneinsatz die Gesellschaft und den Staat des Gegners zu zermürben.

Die hybride Einflussnahme Russlands kann laut eigener Aussage in einer sich abzeichnenden Konfliktlage auf eine Vielzahl von Einwirkungsmöglichkeiten zurückgreifen. Es beginnt mit der Aufkündigung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Kooperation und einer Kampagne von offener oder verdeckter Propaganda und Desinformation in den Medien und im Netz. Der Begriff der „Fake News“ umreißt einen Teil des Problems. Speziell auf die Lage im Baltikum abzielend besteht die Möglichkeit, russische Minderheiten gegen die dortigen Regierungen zu mobilisieren. Früher nannte man das mal „Fünfte Kolonne“. Die russische Militärdoktrin sieht ausdrücklich den Schutz russischer Ethnien außerhalb der eigenen Grenzen vor.

Der Übergang zur Aggression kann fließend sein. Der Cyberraum bietet zahlreiche Möglichkeiten, einem als Gegner ausgemachten Staat und seiner Infrastruktur umfassend zu schaden und wichtige Funktionen zu beeinträchtigen oder auszuschalten. Durch Steigerung der Operationen von

Geheimdiensten sind Übergriffe auf missliebige Personen und verdeckte Positionierung von eigenem Personal zur Kontrolle von Schlüsselstellungen oder Schlüsselpunkten möglich.

Die Eroberung der Krim liefert eine Blaupause wie durch den Einsatz von irregulären paramilitärischen Kräften und Spezialkräften der allmähliche Übergang zur offenen Aggression ablaufen kann. Im Hintergrund kann dabei durch den Aufmarsch und durch Manöver der regulären Streitkräfte eine Drohkulisse aufgebaut werden, die den Gegner zum Aufgeben zwingen soll, bevor ein Schuss gefallen ist. Ist dies nicht der Fall, bleibt immer noch die Möglichkeit des Einmarsches, um das Territorium des Gegners in Besitz zu nehmen

In der Friedenseuphorie der Neunzigerjahre hatte man auch den Fortbestand der **nuklearen Bedrohung** weitgehend ignoriert. Das Mittelstreckenwaffenabkommen von 1987 und der Verzicht auf landgestützte taktische Nuklearwaffen der NATO, die bis 1992 gerade in der Bundesrepublik weit disloziert waren, hatte den Eindruck hinterlassen, dass es Atomwaffen als militärische Option gar nicht mehr gäbe. Auch hier musste man in den letzten Jahren wach werden. Nicht nur dass die Zahl der Atommächte mit Nordkorea gewachsen ist, auch eine denkbare iranische Bombe stellt immer noch ein Worst - Case-Szenario dar. Alle Staaten mit Atomwaffen oder derartigen Ambitionen haben ihre Trägersysteme weiterentwickelt und das Arsenal modernisiert. Unverhohlen wurde der Einsatz nuklearer Waffen auch wieder als militärische Möglichkeit propagiert. Das gilt sowohl für Putin, wie auch Trump. Russische und chinesische Militärparaden protzen wieder mit ihrem Raketenarsenal und auch Trump sprach davon, in Extremsituationen Nuklearwaffen einzusetzen. Das könnte zum Beispiel ein strategischer Cyberangriff auf die USA sein. Russland hat mit dem Marschflugkörper SSC8, der mutmaßlich eine Reichweite über 2000 km verfügt, den INF-Vertrag verletzt. Eine Verifikation ist nicht möglich. Die NATO hat relativ schnell reagiert und eine angemessene, ausgewogene und asymmetrische Reaktion angekündigt, was bedeutet, dass man nun nicht selber auch bodengestützte Mittelstreckenraketen über 500 km Reichweite stationieren muss, sondern zum Beispiel die Abwehr durch zusätzliche Aegis-Kreuzer der US-Navy unter dem Kommando des NATO-Oberbefehlshabers SACEUR ausbaut. Von allen

Abkommen unberührt hat ohnehin immer ein Arsenal luft- und seegestützter Raketen und Marschflugkörper zur Verfügung gestanden.

Aus deutscher Sicht muss man hier auch die Zukunft der nuklearen Teilhabe und Mitsprache in der NATO ansprechen. Deutschland verfügt natürlich über keine Atomwaffen, stellt aber mit dem Jagdbomber Tornado ein Trägersystem, das nach Freigabe durch den US-Präsidenten und die NATO amerikanische Atombomben ins Ziel bringen könnte. Diese luftgestützten Atomwaffen stellen ein gewisses, wenn auch nicht mehr ganz zeitgemäßes, Gegengewicht zu russischen Mittelstreckenwaffen dar, sind aber vor allem politische Mittel zur Abschreckung und Kriegsverhinderung.

Neue Trägersysteme wie der russische Hyperschallflugkörper Avangard, die mit einer ballistischen Rakete in den Weltraum gestartet werden und dann mit 12.000 km/h manövrierfähig als Gleiter auf die Erde zurückkehren, sind eine Herausforderung für jede Abwehr, wenn auch wohl keine grundsätzlich neue Gefahr.

Zu den Gefährdungen der äußeren Sicherheit durch klassisches Militär hat sich die Gefährdung unseres gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens durch die Cyberbedrohung gesellt. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, unsere digitale Welt lahm zu legen und auf mannigfaltige Weise Schaden zu stiften. Das ist nicht nur das Stören von Steuerungssystemen oder der Diebstahl von Wissen und Daten, sondern auch die Verbreitung von Falschinformationen zur Einflussnahme auf die öffentliche Meinung.

Das besondere Problem ist hier, dass man den Angreifer nicht eindeutig identifizieren kann, die Gefährdung oft auch erst zu spät wahrnimmt und die "Golden Hour", den optimalen Zeitpunkt für Gegenmaßnahmen, verpasst. Angesichts unserer komplizierten juristischen Beschränkungen kann man auch nicht schnell und einheitlich reagieren.

Der Weltraum wird natürlich militärisch genutzt seit es Satelliten gibt. Die Einhaltung von Abkommen, welche die Nutzung des Weltraums für nukleare Offensivwaffen einschränken, kann man angesichts der heute üblichen Regelverletzungen in der internationalen Politik nicht mehr ausschließen. Satelliten sind für Kommunikation und Navigation von Militäreinsätzen am Boden unverzichtbar und mögliche Gefährdungen muss man im Auge behalten.

So gehört auch die Weltraumlage mittlerweile zu den Aufgaben der operativen Führung der Luftwaffe.

Angesichts dieser Bedrohung ist es unerlässlich, dass die Kohäsion im Bündnis gewahrt wird, damit Russland gar nicht erst in Versuchung kommt. Es braucht wohl keine Erläuterung, in welchem Maße die Trump-Administration, die derzeitige britische Regierung, aber auch einige andere westliche Länder, nicht unbedingt im Sinne einer multilateralen Allianz handeln und wieder in nationale Egoismen zurückfallen. Der Westen spricht nicht mit einer Stimme, um den Dreiklang von Verteidigungsbereitschaft plus Abschreckung plus Gesprächsbereitschaft (Defence, Deterrence, Dialogue) artikulieren zu können. Überall scheinen die Anhänger einer multilateralen und regelbasierten internationalen Ordnung in der Defensive.

Für eine glaubwürdige Abschreckung und Risikoprojektion müssen die Streitkräfte mit der Waffentechnologie Schritt halten, um in einem Gefecht zu bestehen und überleben zu können. Die **Waffen- und Munitionsentwicklung** bewegt sich in Richtung größerer Kaliber bei Panzerkanonen und Infanteriehandwaffen sowie intelligenter Munition. Tempierbare Zünder können noch unmittelbar vor dem Abschuss hinsichtlich Zündzeitpunkt und Zündort programmiert werden. Die Reichweite der Land- und Schiffsartillerie wird künftig über 100 km und mehr wirken können, was nur mit endphasengelenkter Munition mittels GPS und Radarsuchköpfen möglich ist. Die verheerende Flächenwirkung von Aerosolbomben und –granaten und die Schwärme kleiner zielsuchende Mikrodrohnen gefährden Soldaten und Gerät im Raum in und außerhalb von Deckungen. Laserwaffen erreichen mittlerweile die Leistungen von Rohrmunition, sind aber wegen des hohen Energiebedarfs noch auf große Plattformen wie Schiffe angewiesen. Mikrowellen werden für Drohnenabwehr und nicht letale (tödliche) Wirkung erprobt. Im Wettlauf zwischen Waffenwirkung und aktiven Schutztechnologien, bei denen anfliegende Wirkkörper durch Sensoren erkannt und durch Gegenexplosionen abgewehrt werden, wird Hohlladungsmunition als Prinzip relativ preisgünstiger leichter Panzerabwehrwaffen unwirksam.

Immer wieder ist davon die Rede, dass die Europäer ihre **strategische Autonomie** ausbauen sollten, um von Amerika unabhängiger zu werden. Auf der anderen Seite überschlagen sich die Vorwürfe der Amerikaner, dass die

Europäer und vor allem Deutschland mehr für ihre Sicherheit tun müssten. Wir sollten weniger über die USA meckern, sondern Geld in die Hand nehmen, um militärische Aufgaben für unsere eigene Sicherheit anstelle der USA wahrzunehmen (Claudia Major).

Aber das Bündnis in der atlantischen Partnerschaft als Ganzes darf dadurch nicht infrage gestellt sein. Eine glaubhafte nukleare Abschreckung für das ganze Bündnis können nur die USA ausüben und ihre Dynamik und weltpolitische Impulssetzung könnte Europa niemals ersetzen. Hin und wieder muss man natürlich auch darauf hinweisen, dass die Europäer durchaus auch Leistungen erbringen. Die deutsche Regierung wird nicht müde, immer wieder darauf hinzuweisen, dass Deutschland der zweitgrößte Truppensteller bei den Auslandseinsätzen ist. Auf der erwähnten Veranstaltung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn war zu vernehmen, dass bei der Aufteilung der NATO - Fähigkeiten, die USA 40 %, Deutschland immerhin 20 % und England und Frankreich jeweils 10 % wahrnehmen. Das ist nicht identisch mit dem Militärpotenzial und den Militärausgaben, sondern bezieht sich nur auf das, was in die NATO eingebracht wird. Wichtiger als alle Haushaltszahlen ist die effiziente Einbringung von realen funktionsfähigen Fähigkeiten für die Bündnisgemeinschaft. Wer weiß schon, dass die wehrhafte neutrale Schweiz mit Militärausgaben weit unter 1 % ihres nationalen BIP auskommt. Deutschland hat aufgrund seiner Wirtschaftskraft trotz seiner oft gerügten Zurückhaltung bei den Militärausgaben den zweitgrößten Militärhaushalt in der NATO.

Zu den Riesenherausforderungen, die sich im Augenblick stellen, gehört natürlich der desolate Zustand der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr aufgrund der **Materiallage**. Die sogenannten Bundeswehrreformen des vorausgehenden Jahrzehnts haben nicht nur Truppenteile abgebaut, sondern auch den noch vorhandenen keine Vollausrüstung zugebilligt. Das muss jetzt nachgeholt werden. Die jüngsten Haushaltszuwächse in den Trendwenden aus der Ära von der Leyen dienen nicht der Aufrüstung, sondern erst mal der Ausrüstung. Die Meldungen über nicht einsatzbereites Material bestimmen das Bild der Bundeswehr in den Medien und vermitteln den Eindruck einer "Schrottarmer", was so sicherlich nicht zutrifft. Problem ist wohl nicht in erster Linie die Überalterung von Material, vielmehr die niedrige Bevorratung von Ersatzteilen, die man um Kosten niedrig zu rechnen, in den letzten Jahren ignoriert hat. In

der Öffentlichkeit weniger ein Thema ist die geringe Bevorratung von Munition, die einen Einsatz der Bundeswehr in der Bündnisverteidigung im Augenblick nahezu ausschließt. Die Kapazitäten zur Herstellung sind natürlich auch runtergefahren worden, so dass trotz zusätzlicher Finanzmittel eine Verbesserung noch auf sich warten lässt. Die Bundeswehr hat ihre Bevorratung auf ein Minimum an Mengen- und Einzelverbrauchsgütern runtergefahren. Die Industrie wurde auch nicht in die Pflicht genommen, Ersatzteile zügig - also „just in time“ bereitzustellen.

Die sicherheitspolitisch Verantwortlichen in Deutschland müssen bei all den Herausforderungen in einem **politischen und gesellschaftlichen Spektrum** agieren, das gegenüber diesen Fragen fast immer **wenig Interesse** zeigt. Das Präsidentenwort vom freundlichen Desinteresse gegenüber der Bundeswehr machte die Runde. Es gilt allgemein der Primat des Sozialen und jetzt ist auch die Klimafrage, die an sich ein nachhaltiges Daueranliegen hätte sein sollen, zu einem Hype ausgewachsen, der andere politische Schwerpunktaktivitäten auszubremsen droht. Hinzu kommt, dass die Regierungsfähigkeit in vielen europäischen Staaten, auch in Deutschland, nicht immer von stabiler Dauer ist. Die Regierungsbildungen werden immer schwieriger, da die Parteienlandschaft im Umbruch ist. Der Grundkonsens in Sachen Sicherheitspolitik, der zwischen den einstigen Volksparteien der Union und SPD bestanden hatte, ist nach den Wahlergebnissen der letzten Jahre keine verlässliche Größe mehr. In den sicherheitspolitischen Foren der alten Volksparteien wird sehr viel Expertenkompetenz und Engagement zu Sicherheitsfragen vorgetragen und diskutiert, aber man vermag in der Gesamtpartei davon oft wenig erkennen. Auch die Kanzlerin macht von ihrer Richtlinienkompetenz in sicherheitspolitischen Fragen wenig Gebrauch. Realitätsferne Forderungen führender Amtsträger nach deutschen Flugzeug- oder Hubschrauberträgern sind gut gemeint, wirken jedoch recht blauäugig. Zurzeit stellt sich die CSU gern als Partei der Bundeswehr dar. Die AFD bemüht sich zwar um Wähler in Militär und Polizei, ist aber kein Freund der Integration des Westens.

Seit 2020 bestimmt die Pandemie das politische Handeln und wird die Balance zwischen Sicherheit und Sozialem im Koordinatensystem unseres Wohlfahrtsstaates noch mehr verschieben, so dass der Verteidigungsetat wieder zum finanziellen Steinbruch für die unvermeidlichen Stabilisierungsmaßnahmen innen und außen zu werden droht. Die Folgen der

Pandemie sind täglich gegenwärtig, Erschütterungen des sicherheitspolitischen Gefüges werden erst wahrgenommen, wenn sie wie ein Erdbeben plötzlich eingetreten sind und es für ein präventives Handeln zu spät ist.

Ungeachtet aller Ausrichtungen auf Bündnis- und Landesverteidigung, bestehen die **Verpflichtungen in den laufenden Kriseneinsätzen**, namentlich Afghanistan und Mali, fort. Sie hatten die Planungen für die Bundeswehr anderthalb Jahrzehnte bestimmt und genossen von 2004 bis 2014 Priorität. Sie stehen weiterhin gleichrangig neben dem Verteidigungsauftrag und tragen zu dem umfassenden Lastenheft der Truppe bei.

So haben wir das Lagebild 2019 zuerst einmal von den Herausforderungen her beschrieben, d.h. versucht zu beantworten, warum wir eine Bundeswehr benötigen. Wir müssen uns jetzt den **Lösungswegen für sicherheitspolitisches Handeln** zuwenden. Die vorliegende Übersichtsgrafik teilt das thematisch in vier Felder auf: Zuerst einmal die allgemeinen **Trends**, welche die militärischen Planung bestimmen, dann die **Probleme**, welche sich bei der Umsetzung von Planungen stellen. Dann widmen wir uns den aktuellen Zielsetzungen und **Projekten** der laufenden Planungen und den **Strukturen**, in denen sich die Bundeswehr künftig bewegen wird.

Beginnen wir mit den **Trends**: Da ist zuerst einmal die **Neubewertung der Bündnis und Landesverteidigung als Paradigmenwechsel**. Seit dem Gipfel von Wales 2014 genießt sie als Reaktion auf die russische Politik nach 2008 bei den Planungen und Aktivitäten wieder neues Gewicht. Die ab 2000 vorherrschende Vorstellung, dass man für eine Rekonstitution zur Landesverteidigung zehn Jahre Zeit habe, hat sich als Illusion erwiesen

Die alles beherrschende Determinante scheint derzeit der Prozess der **Digitalisierung** zu sein. Deshlab auch der Begriff von der „Bundeswehr 4.0“ Digitalisierung ist die Voraussetzung für die Automation von Waffensystemen, aber auch für Beschleunigung von Entscheidungen in Führungsinformationssystemen. Automation hilft bei der Einsparung knapper Personalressourcen. Heutige Fregatten benötigen nur noch halb so große Besatzungen wie ihre Vorgänger. Ohne Digitalisierung gäbe es keine Drohnen oder Roboter, die zum Beispiel bei der Bekämpfung von Sprengmitteln eingesetzt werden können. Die Steuerung von Granaten und Raketen durch leistungsfähige Feuerleitcomputer, GPS und Sensoren ermöglicht eine viel präzisere Zielbekämpfung, auch über

größere Distanzen. Keine „intelligente Munition“ ohne Mikrochips. Der Betrieb von Kampfflugzeugen der vierten und fünften Generation ist ohne die digitale Vernetzung zahlreicher Rechner und Sensoren für Waffeneinsatz, Flugbetrieb, Missionsplanung und logistischer Unterstützung kaum noch möglich. Die „Intelligenz“ digitalisierter Waffensysteme führt zum bedrohlichen Bild autonom kämpfender Kampfroboter, die sich der menschlichen Kontrolle und Moral entziehen. Die durch diese Bilder erzeugten Ängste bremsen in Deutschland oft eine Debatte um eine Ausstattung der Bundeswehr auf der Höhe der Zeit aus.

Die Digitalisierung ist die Voraussetzung für die Vernetzung von Aufklärung, Führung und Wirkung in vernetzten Operationen, die den Infanteristen, Kampfpanzer, Artillerierechner, Geschütze, Raketenwerfer, Kampfhubschrauber, Flugabwehrsysteme, Flugzeuge und Schiffseinheiten durch leistungsfähige Fernmeldeverbindungen mit Sensoren und mit Führungszentralen verlinkt und so in ein gemeinsames Gefecht einbindet.

Planer träumen von Sättigungsangriffen durch zielsuchende Drohnenschwärme, während der logistische Einsatz von Exoskeletten beim manuellen Umschlag oder elektronischen Deichseln in LKW-Konvois mit nur einem besetzten Führungsfahrzeug weniger spektakulär erscheinen. Schon heute wird durch „Telemaintenance“ sichergestellt, dass die Instandsetzer in Mali durch digitale Bild- und Datenübertragung von der Schule für Technik Landsysteme in Aachen fachliche Beratung erhalten. Logistiker denken wie die zivilen Postunternehmen auch an den Einsatz von Drohnen für die Zuführung einsatzwichtiger Ersatzteile. Man denkt auch an die Erstellung von Ersatzteilen durch 3-D-Druck und den Einsatz von Datenbrillen für Arbeiten in der Instandsetzung.

Sehr viele Worte muss man auch nicht verlieren über den zweiten grundsätzlichen Trend, die zunehmende **Internationalisierung und Kooperation**. Viele Rüstungsprojekte lassen sich nur durch Zusammenarbeit verschiedener Staaten realisieren. Militärische Formationen sind heute vorwiegend multilateral zusammengesetzt, dies gilt für Einsätze in der Bündnisverteidigung genauso gut wie für Auslandseinsätze. In einem "comprehensive approach" geht diese Zusammenarbeit weit über das Militärische hinaus.

Dabei sind allen Planungen und Projekten natürliche Grenzen gesetzt: Zuerst einmal haben die Sicherheitspolitiker und Militärplaner auf die vorhandenen **Ressourcen** zu blicken. Allen voran die **Finanzmittel**. Braucht die Bundeswehr künftig 54 oder gar 60 Milliarden pro Jahr? Muss der Anteil der Verteidigungsausgaben von 1,3 auf 1,5 oder gar 2 % des Bruttoinlandsprodukts anwachsen? Die Grafiken auf Seite 5 beschreiben aktuell das Wachstum des Haushaltes in den allerletzten Jahren auf etwa 43 Milliarden im Jahr 2019. Es wird sich so nicht verstetigen wie die Sicherheitspolitiker gefordert haben. Die Eckwerte des Bundesfinanzministers Scholz in der mittelfristigen Finanzplanung sehen keinen kontinuierlichen Anstieg des Einzelplans 14 vor, auch wenn in den letzten Jahren angesichts des nachgewiesenen Bedarfs von den "Haushältern" im Bundestag oft „nachgelegt“ worden ist (MdB Hellmich, SPD). Aber immer wieder hört man, dass Verteidigungsministerium könne nicht mit Geld umgehen und solle erst einmal die vorhandenen Mittel effizient nutzen.

Eine viel größere Bremse für das Wachstum dürfte der Faktor **Personal** sein. Planungszahlen eines Aufwuchses von etwa 180.000 auf 200.000 oder gar 203.000 in fünf Jahren, sind angesichts rückläufiger Schulabgängerzahlen fragwürdig. Kann wirklich jeder zehnte Schulabgänger als Bewerber für die Truppe gewonnen werden? Trotz aller Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität des militärischen Dienstes stagniert die Truppenstärke unter Einschluss der freiwilligen Wehrdienstleistenden bei einem Wert um die 183.000. Dringend benötigte Fachkräfte werden in der Wirtschaft besser bezahlt. Fehlende Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit von Gerät dämpft oft die Motivation. Die Attraktivität wird durch viele Einflussgrößen bestimmt. Das hat nicht nur mit einer guten Bezahlung zu tun, sondern auch mit dem Image der Truppe, der Mentalität der Bevölkerung und ihren Wertvorstellungen. Soldat ist eben nicht ein Beruf wie jeder andere.

Personallücken wird man auch zunehmend mit Reservisten füllen müssen. So ist in der neuen Strategie der Reserve eine allgemeine Grundbeorderung für ausscheidende Soldaten von sechs Jahren vorgesehen. Reservedienstleistungen sollen allerdings weiterhin freiwillig bleiben. Erst im Spannungsfall wären verbindliche Einberufungen möglich. Die Ausbildung soll durch ein Ausbildungszentrum, durch Wochenendausbildungen und Fernlehrgänge unterstützt werden. Reservetruppenteile sollen die gleiche Ausstattung und Infrastruktur wie aktive Einheiten erhalten.

Zu den begrenzten Ressourcen gehört natürlich auch die **Infrastruktur**. Für mehr Soldaten und Bevorratung braucht man natürlich auch mehr Kasernenraum und Depotplatz. Einige geplante Standortschließungen, wie zum Beispiel Rheine, wurden zurückgenommen. Zehn Depots sollen reaktiviert werden, um die Bevorratung zu verbessern.

Es herrscht in der Bundeswehr viel Unzufriedenheit mit dem Ist-Zustand. In Truppe wird kritisiert, ob die **Zentralisierung** der vergangenen Jahrzehnte sinnvoll war. Es gibt wenig Redundanzen, d.h. die Fähigkeiten nicht mehrfach vorhanden sind und so Ausfälle nicht überbrückt werden können. Die Truppe und die Truppenführer sind von vielen Entscheidungen übergeordneter Stäbe und von der Bürokratie abhängig. Dies wird vor allem die Materialerhaltung und Versorgung kritisiert. Die elektronische Bestandsführung wird für alle Teilstreitkräfte zentral von Wilhelmshaven aus vorgenommen.

Instandsetzungseinrichtungen wurden entweder in die Zivilwirtschaft „outgesourct“ oder direkt dem Bundesamt für Beschaffung, Nutzung und Infrastruktur unterstellt. Logistische Leistungen erfolgen oft nicht zeitnah. Hat das Militär noch genügend kompetente Mitarbeiter, welche die aufwändige Technik zur Not auch selber warten können? Muss man sich in der Logistik auf "just-in-time"-Versprechungen der Industrie verlassen? Sind bundeseigene GmbHs für Verpflegung, Bekleidung und Fahrzeugpark immer militärisch angemessen? Ist der Einkauf von Beratungsleistungen besser als die Expertise von Soldaten und Beamten?

Ein ganz großes Thema sind die **Beschaffungsprozesse**, die zentral vom Ministerium und dem Amt in Koblenz zu verantworten sind. Die letzte Oktobernummer von Loyall berichtete über den Personalabbau und Überlastung des Bundesamtes für Beschaffung, Nutzung und Informationstechnik. Es gibt eine „Diffusion der Verantwortung“ (Wehrbeauftragter Bartels) von zu vielen an Entstehung, Beschaffung und Nutzung beteiligter mitzeichnender Stellen. Weiter macht man die allgemein zunehmende Verrechtlichung für den langsamen Zulauf von Waffensystemen und Ausrüstung mitverantwortlich.

Oft eilt allerdings auch die Selbstdarstellung von militärischen Projekten in Medien und Publizistik der Wirklichkeit weit voraus. Heeres- und Luftwaffenplaner malen Bilder einer voll vernetzten digitalisierten

Kampfführung. Sind all die komplexen digitalisierten und vernetzten Systeme wirklich realisierbar? Es dauert immer länger bis hochkomplexe mit zahlreichen Rechnern und Sensoren ausgestattete Systeme wie der Schützenpanzer Puma oder das neue amerikanische Kampfflugzeug F 35 wirklich einsatzreif sind. Gibt es nicht zu viele **Risiken für die Machbarkeit**? Was ist, wenn Projekte so langsam umgesetzt werden, dass sie zum Zeitpunkt der Einführung schon veraltet sind. Steht in 20 Jahren tatsächlich ein deutsch - französisches Kampfflugzeug zur Verfügung, das fliegerisch und avionisch den Ansprüchen Mitte des Jahrhunderts genügen wird. Was passiert, wenn bei den durchdigitalisierten Waffensystemen die Rechner ausfallen und für einen Reset keine Zeit bleibt? Gibt es dann noch eine manuelle Notbedienung?

Es sind ja nicht nur militärische Gesichtspunkte, welche die Beschaffungsplanung bestimmen. Die **Erhaltung militärtechnischer Kompetenzen** ist erklärtes Ziel der Regierung. Jede Nation betreibt im Interesse der Arbeitsplätze und Steuerkraft **Industriepolitik**. Kostengünstigere Beschaffungen auf dem Weltmarkt sind oft ein Tabu, wenn dadurch die eigene Rüstungsindustrie gefährdet ist. Umgekehrt besteht die Befürchtung, dass bei Kooperationen mit Regierungen und Unternehmen in Partnerstaaten, das eigene Potenzial verloren geht oder man über den Tisch gezogen wird. Die restriktive Rüstungsexportpolitik Deutschlands macht uns nicht unbedingt zum beliebten Kooperationspartner. Insgesamt stehen wir natürlich in einem **technologischen Wettbewerb**, nicht nur mit den USA, sondern auch mit China. Die Sorge, nicht den Anschluss zu verlieren, geht aber weit über militärische Sicherheitspolitik hinaus.

Immer im Hintergrund beim Einsatz von unseren Streitkräften stehen **Rechtsfragen**. Das Grundgesetz gebietet ein Nebeneinander von Militär und ziviler Verwaltung, was Entscheidungsprozesse nicht immer erleichtert. Die Verfassungsregelungen für den Verteidigungsfall gehen noch von dem klassischen Bild eines groß angelegten Angriffs von außen aus und passen nicht mehr so recht zu den verdeckten schleichenden Abläufen in einem hybriden Kriegsbild, wo auch die innere und äußere Sicherheit nicht mehr klar zu trennen sind, da die Bedrohung nicht mehr nur von Kombattanten ausgeht. Darf man nach einem Cyberangriff mit einem "Hack Back" auch offensiv gegen einen möglichen, aber sehr schwer zu identifizierenden Angreifer jenseits der eigenen Grenzen vorgehen? Und wer darf das? Die Bundeswehr oder die zivilen

Behörden? Und dann wird in Katastrophen- und Terrorlagen auch immer wieder die Kontroverse um einen erweiterten Einsatz der Bundeswehr im Inneren und die Auslegung des Artikels 35 neu entfacht.

Als weiteren Problempunkt ist das wenig beachtete Thema des militärischen **Heimatschutz** anzusprechen. Gemeint ist hier nicht die Katastrophenhilfe, sondern der Eigenschutz. Ganz gleich ob Bündnisverteidigung oder Krisenreaktion, die militärischen Einsatzkräfte würden sich außerhalb unserer Grenzen konzentrieren. Wer bewacht leere Kasernen, wer schützt die Depots, wer sichert die Verbindungswege, welche für das Transitland Deutschland im Rahmen der Rückversicherung unserer osteuropäischen Partner besonders wichtig geworden sind? Wer schützt die zahlreichen Objekte kritischer Infrastruktur im zivilen Bereich, die in die Tausende gehen? In früheren Strukturen konnte man davon ausgehen, dass im Hinterland umfassende Kräfte des militärischen Aufwuchses durch Reservisten zur Verfügung stehen würden. Schwer zu glauben ist, dass das vom Reservistenverband - weniger von der Bundeswehr - favorisierte Projekt von Landesregimentern mit den Kräften von ohnehin schon aufgestellten 30 RSU Kompanien ausreichende Präsenz in der Fläche zum Schutz kritischer Infrastrukturen beitragen könnte. Es fehlt eine im Spannungsfall schnell mobilisierbare Präsenz kleiner lokaler Reservistenformationen, die den Schutz empfindlicher Objekte gegen subversive Aktionen verstärken können und vor allem durch ein Netz von Beobachtern das Lagebild verdichten. Das Weißbuch 2016 forderte wiederholt, dass Staat und Gesellschaft mehr "Resilienz" aufweisen, d.h. weniger anfällig im Falle von Schäden und Ausfällen sein sollen.

Wie sollen die **Projekte** für die Bundeswehr der Zukunft nun aussehen? Nach dem Weißbuch 2016 und der Konzeption der Bundeswehr 2017 wurde das **Fähigkeitsprofil** der Bundeswehr für die Zeit bis **2031** definiert, blieb aber im Gegensatz zu früheren Gepflogenheiten in der Detailplanung Verschlussache, sodass man hier nur den Rahmenplan umreißen kann. Die nationalen Ambitionen Deutschlands sehen für das Bündnis bis 2031 drei voll ausgestattete Divisionen mit acht Brigaden vor, möglicherweise zwei weitere in dem Planungszeitraum danach. Die Luftwaffe soll in der Lage sein, 300 Einsätze aller Art am Tag fliegen zu können. Für die Marine sind dem Bündnis dauerhaft 15 in Hochsee stehende präsente Einheiten zugesagt. Hier verwischen sich die Informationen manchmal mit der Angabe von 15 Fregatten. Andere Zahlen

sprechen von 25 hochseefähigen Kampfeinheiten plus 8 U-Booten, meinen aber wohl nicht deren dauerhafte Präsenz. Dazu treten Kräfte für den Cyberraum, Spezialkräfte und auch Befähigungen im Weltraum, was immer das sein mag. Zurzeit hat die Bundeswehr Aufklärungssatelliten und Kommunikationssatelliten und erstellt in Kalkar/Uedem ein Weltraumlagebild mittels einer zivilen Radaranlage im Raum Bonn. Die Bereitstellung von ausreichenden Kräften zur Unterstützung versteht sich von selbst.

Das **Heer** hat seine Planungen etwas mehr publiziert und spricht von **zwei Entwicklungssachsen**. Auf der einen Achse soll bis 2023 eine klassische, voll ausgestattete und voll einsatzfähige Brigade für den VJTF Einsatz der NATO als Eingreifbrigade dauerhaft bereit stehen, 2027 eine klassische Division und 2031 soll die Gesamtstärke von drei voll einsatzfähige Divisionen für die NATO verfügbar sein. Die zweite und dritte Division sollen allerdings auf einer eigenen Entwicklungsachse entstehen und digitalisiert werden, d.h. über einen mobilen taktischen Kommunikations- und Informationsverbund aller Systeme verfügen. Ein Erprobungsverband wurde dazu in Munster bereits aufgestellt.

Für die **Rüstungsplanung** liegt in der Grafik eine Liste ausgewählter Projekte vor, welche - technische Machbarkeit und Finanzmittel vorausgesetzt - in diesem Zeitraum realisiert werden sollen. An der Spitze der Ambitionen (und Kosten) steht das deutsch-französische Kampfflugzeug Future Combat Air System (FCAS), das in eine Vernetzung verschiedener Sensoren und Wirkmittel eingebunden sein soll. Zum Beispiel soll es auch abgesetzt fliegende Drohnen lenken können. Denkbar ist sogar ein unbemannter Flugeinsatz. Das Projekt hat höchste politische Priorität und dürfte „too big to fail“ sein. Ebenfalls für die Luftwaffe vorgesehen ist das taktische Luftverteidigungssystem TLVS, das eine Vielzahl von Bedrohungen durch Flugzeuge, Drohnen und ballistische Raketen im 360° Winkel mit verschiedenen Wirkmitteln abwehren soll. Nach dem Ausstieg der USA und Italiens, will Deutschland dieses Projekt alleine vorantreiben, obwohl sich zahlreiche Partnerstaaten für die aus den USA angebotenen Fortentwicklungen des Patriot-Systems entschieden haben. Auch die Patriots der Luftwaffe werden für die Nutzung bis 2030 noch mal modernisiert. Die dringlichen Entscheidungen zur Nachfolge des Tornados, der ab 2025 abgelöst werden muss, stehen noch aus. Hier ist die Frage der nuklearen Teilhabe berührt. Die von der Regierung favorisierte Nutzung des Eurofighters stößt auf Hindernisse, da hier eine nukleare Zertifizierung durch

die USA vorliegen muss. Nachdem sich die Bundesregierung anders als viele europäischen Partnerstaaten und ungeachtet eines Votums des früheren Luftwaffeninspektors Müllner gegen das amerikanische Kampfflugzeug F 35 entschieden hat, wird es möglicherweise auf einen Mix zusätzlicher Eurofighter und eine begrenzte Zahl in den USA beschaffter F 18 in einer moderneren Version hinauslaufen. Die F 18 wäre auch für die SEAD-Rolle zur Niederhaltung der gegnerischen Luftverteidigung einsetzbar. Laufendes Projekt ist die Anpassung des Jagdflugzeuges Eurofighter an eine Luft-Boden-Rolle. Diese ist mit der Lenkbombe GBU 48 in Einführung. Im Gegensatz zur Royal Air Force hat sich die Luftwaffe damit schwer getan, die Mehrzweckrolle des Eurofighters umzusetzen. Die Abstandswaffe Taurus, die zum Arsenal des Tornado gehört, wird der Eurofighter möglicherweise nicht einsetzen können und wahrscheinlich britische Systeme nutzen.

Zu entscheiden ist auch das Nachfolgemodell für den mittleren Transporthubschrauber CH 53 G. Zur Auswahl kommen soll ein schwerer Transporthubschrauber der Muster Boeing CH 47 Chinook oder Sikorski CH 53 K Sea Stallion. Vorgesehen ist auch eine Kampfwertsteigerung des Kampfhubschraubers Tiger. Neu bewertet wurden auch leichte Unterstützungshubschrauber, wie sie schon für den Einsatz der Spezialkräfte in der Luftwaffe eingeführt wurden und auch für die Marine denkbar sind. Bei der Marine wird gerade der SAR-Hubschrauber Seaking durch 18 maritime Versionen des NATO-Hubschraubers 90 ersetzt und künftig sollen auch die Bordhubschrauber für die Fregatten, wie schon bei europäischen Bündnismarinen, aus der NH 90-Familie kommen. Der Kampfpanzer Leopard II wird sicher noch bis 2035 im Einsatz bleiben. Es wird ein deutsch-französisches Nachfolgesystem entwickelt, deshalb auch das Zusammengehen von Kraus Maffei Wegmann mit dem französischen Hersteller Nexter. Eine ähnliche deutsch-französische Kooperation soll es für die Artillerie geben. Einiges bleibt noch zu tun, um die schon weitgehend vorhandenen 350 Schützenpanzer Puma, die wohl auch mit Digitalisierung überfrachtet sind, einsatzreif zu machen. Der Bündnisverteidigung ist die Aufstockung des Kampfpanzerbestandes auf 320 Leopard II A6 und A7 geschuldet. Zur Erinnerung: die Bundeswehr hat einmal über 2000 Leo II besessen. Die schon lange fällige Ablösung der Ende der siebziger Jahre beschafften geländegängigen LKW 5t, 7t und 10t durch neue LKW 5t gl und 15 t gl ist

angelaufen. In die vernetzte Gefechtsführung passt das Projekt Infanterist der Zukunft und das schon in Teilen realisierte von der Artillerie in Pilotfunktion betriebene Vorhaben "joint fire support" zur Integration der indirekten Feuerunterstützung aller Teilstreitkräfte. Die Marine kann die Zusagen für ihre Hochseepräsenz nur einhalten, wenn das Projekt Marinekampfschiff 180 auch zügig umgesetzt wird. Die Bremen-Fregatten sind nahezu alle außer Dienst gestellt und die Fregatten der Brandenburg- Klasse bleiben nur noch bis etwa 2030 im Einsatz. Während die gerade in Einführung befindlichen vier Fregatten 125 mehr für den Kriseneinsatz und weniger für den Kampf um die Seeherrschaft konzipiert worden sind, soll die MKS 180 modular ausgelegt werden und mit eigenen Mitteln ohne Werftunterstützung Teile ihrer Ausrüstung der jeweiligen Einsatzform anpassen können. D.h. es können zum Beispiel Module zur U-Boot Abwehr gegen Module zur Bekämpfung asymmetrischer Bedrohung ausgetauscht werden. Mit 9000 t Verdrängung würden die MKS 180 die früheren Konstruktionen von „Dickschiffen“ für die Deutsche Marine weit übertreffen. Der zurzeit vorhandene U-Boot Bestand von sechs soll durch ein Kooperationsvorhaben mit Norwegen auf acht aufgestockt werden. Eine schon zehn Jahren bestehende Aufklärungslücke bei der luftgestützten strategischen Funkaufklärung sollte ursprünglich mit der Drohne Pegasus geschlossen werden. Die geht auf eine Drohne der amerikanischen Marine (Triton) zurück. Nachdem auch diese Lösung verworfen werden musste, wird es nun doch eine flugzeuggestützte Lösung mit der Global 6000 geben. Mit der Erwähnung eines Nachfolgers für das Gewehr G 36 ist die Wunschliste der Rüstungsplaner natürlich noch lange nicht abgeschlossen.

Kommen wir zum letzten Punkt unserer Betrachtung. In welchen **Strukturen** soll es mit der Bundeswehr weitergehen? Nachdem das Organigramm der Bundeswehr trotz ihrer Verkleinerung auf **sechs Teilstreitkräfte / Organisationsbereiche plus den zivilen Organisationsbereichen** angewachsen ist, hat Generalinspekteur Zorn unlängst in einem Zeitungsinterview wieder eine organisatorische Zusammenfassung der Fähigkeitsverbände angedeutet. Das noch relativ junge Kommando für den Cyberinformationsraum dürfte angesichts der beschriebenen Trends wohl kaum zur Disposition stehen. Aber man wird den Bestand der Streitkräftebasis und des Zentralen Sanitätsdienstes neu diskutieren. Beabsichtigt ist ein Kommando Landstreitkräfte am Standort Münster. Der Sanitätsdienst war in früheren Strukturen auch auf die

Teilstreitkräfte verteilt und die Streitkräftebasis fokussiert sich jetzt nach der Ausgliederung der Führungsinformationskräfte an das Kommando CIR auf die Logistik. Die SKB verweist hier vor allem auf ihre zukünftige Rolle bei der Integration einer internationalen logistischen Vernetzung für die Bündnisverteidigung. Die Kontroverse über die zentrale oder dezentrale Organisation der Materialerhaltung wird die Zukunft der Teilstreitkräfte sicher beeinflussen. Angesichts einer sich im Ernstfall im Ausland befindenden Einsatzarmee, wird man wohl kaum auf einen eigenen Organisationsbereich für Unterstützung und territoriale Aufgaben in der Heimat ganz verzichten können.

Immer wieder wird von Politikern die **Vision einer europäischen Armee** als Patentlösung für die effiziente Nutzung der europäischen Kräfte ins Spiel gebracht. Sie gilt manchen als Garant einer strategischen Autonomie unseres Kontinents. Im Grunde handelte sich aber nur um ein Zauberwort. Niemand kann vorhersagen, ob die Nationen tatsächlich auf die Verfügungsgewalt über ihre Streitkräfte als Inbegriff nationaler Souveränität verzichten und sie einer zentralen politischen Autorität unterstellen werden. Es kann keine europäische Armee ohne einen europäischen Staat geben! Der deutsche Parlamentsvorbehalt für den Einsatz der Streitkräfte ist dabei angesichts der sehr unterschiedlichen Einsatzphilosophien bei unseren Nachbarn, vor allem in Frankreich, nur ein Teil des Problems. Die deutsche Kultur der Zurückhaltung wird auf Dauer nicht durchzuhalten sein.

Eine sehr viel realistischere Lösung, um das immer noch beachtliche militärische Potenzial Europas effizient nutzen zu können, ist der Weg der vor allem von Deutschland favorisiert wird und offizielle Vorgabe der NATO geworden ist: das **Konzept der Rahmennationen**. Damit ist gemeint, dass sich eine größere Nation als Kern eines multilateralen Verbandes versteht, an den sich andere kleinere Partner andocken können. Parallel dazu gibt es ebenfalls nach diesem Prinzip der Rahmennation Entwicklungsprojekte zu verschiedenen Fähigkeitsprofilen, wo sich mehrere Nationen um eine Führungsnation in einem sogenannten Fähigkeitscluster gruppieren. Das Rahmennationprinzip kann sich also a) auf militärische Formationen oder b) auf Fähigkeitsentwicklungen beziehen. Die Bundeswehr ist hier mit vielen Partnern in Mittel-, Ost und Nordeuropa schon weit vorangekommen. Ein inoffizielles (!) Gliederungsmodell in einer TV-Einstellung des ZDF-Magazins „Frontal 21“ zeigte vor einiger Zeit wie das Heer im Jahre 2031 aussehen könnte. Zu den

vorgesehenen acht Brigaden unter dem Dach von drei Divisionen, sind bis zu fünf Brigaden anderer Staaten getreten. Diese Integration ist in Kooperation mit den Niederlanden bereits heute vollzogen. Die 43. Mechanisierte Brigade (NL) untersteht der 1. Panzerdivision und die 11. Luftlandebrigade (NL) untersteht der Division schnelle Kräfte. Tschechien hat für die 10. Panzerdivision ihre 4. Brigade zugesagt und die Rumänen werden sich mit ihrer 81. Brigade anschließen. Ungarn lehnt sich zurzeit mit seinen Beschaffungsprojekten (44 neue Leopard II, 20 neue Panzerhaubitzen 2000) ebenfalls an die Bundeswehr an und käme als weiterer Andockpartner in Frage. Es handelt sich hier um strukturiertes dauerhaftes Zusammenwirken, ohne dass ein Partner seine Souveränität aufgeben muss. Hier wird ein Weg beschritten, der für Europa beispielgebend sein könnte. Das Prinzip der Rahmennation ist im Augenblick in der schnellen Eingreifbrigade der NATO, der VJTF, schon umgesetzt. Gliederungsbilder zeigen den VJTF-Aufbau der 2019 durch die Rahmennation Deutschland gestellten Panzerlehrbrigade 9 mit angedockten Elementen verschiedenster Nationen. Während die Brigade 9 sich ihre Ausstattung noch in der gesamten Bundeswehr zusammenleihen muss, soll die 2023 für VJTF verfügbare Panzergrenadierbrigade 37 voll ausgestattet sein.

Einige **multilaterale Kooperationsverbände** bestehen schon seit längerer Zeit wie das europäische Lufttransportkommando in Eindhoven, welches die Lufttransportkapazitäten mehrerer Partnerstaaten lenkt. Weiter sind die ständig wechselnden und noch nie eingesetzten EU-Battle Groups sowie die im Rahmen der Enhanced Forward Presence aufgestellten NATO Bataillone in Polen, Litauen, Lettland und Estland zu nennen. Sie sind nach dem Rahmennationprinzip multilateral strukturiert. So führt Deutschland das gemischte Bataillon in Litauen.

Weitere multilaterale Kooperationen entstanden durch Unterstellung des Seebataillons der Marine unter die niederländische Marineinfanterie und die Aufstellung eines deutsch-niederländischen Flugabwehrverbandes für die Nahbereichsverteidigung, der über ein Jahrzehnt nach dem Ende der Heeresflugabwehrtruppe zumindest für die VJTF ab 2023 verfügbar sein soll. Als Wirkmittel dafür wäre ein Kanonensystem auf dem in beiden Ländern verwendeten Transportpanzer Boxer denkbar. In Minden befindet sich ein deutsch-britisches amphibisches Pionierbataillon in der Entstehung, das mit der

Amphibie M 3 die dringend benötigte mobile Brückkapazität für die NATO bereithalten soll.

In den Strukturplanungen der Bundeswehr muss auch der Tatsache Rechnung getragen werden, dass Deutschland eine Drehscheibe für die Anlandung und den **Transit von Verstärkungskräften** für die Verteidigung Osteuropas darstellt. Dies ist in mehreren Vorhaben in den vergangenen Jahren schon geübt worden und sollte im Rahmen der Großübung „Defender 2020“ in Norddeutschland fortgesetzt werden. Leider konnte dieses Vorhaben wegen der Pandemie nur in Teilen abgeschlossen werden. Deutschland hat in seiner zentralen Lage dafür gesorgt, dass am Standort des Kommandos operative Eingreifkräfte in Ulm das Enabling Support Command der NATO aufwächst, welches derartige Vorhaben im gesamten europäischen NATO-Gebiet koordinieren soll. Der Prozess von Reception, Staging, Onward Movement RSOM, der Aufnahme, Unterbringung und Weiterleitung von Verstärkungskräften, erfordert umfassende planerische Vorbereitungen und etliche Kräfte für Verkehrsleitung, Sicherung, Versorgung und Unterbringung. Hier spielen vor allem die Truppenübungsplätze in Norddeutschland eine wichtige Rolle. Hier sollen neben Feldjägern die RSOM-Kräfte zum Einsatz gelangen, die das Logistikkommando in Erfurt mit seinen Bataillonen stellt. In Delmenhorst soll zu diesem Zweck ein spezialisiertes RSOM-Logistikbataillon zusätzlich aufwachsen. Ohne zivil erbrachte Dienstleistungen wäre ein derartiges Vorhaben aber ausgeschlossen. In Deutschland will die Streitkräftebasis die bisher vorwiegend nationalen **logistischen Fähigkeiten in einem Hub (Knoten) international** zusammen führen.

Die von der Trump-Administration als „Strafaktion“ kurz vor den US-Wahlen angekündigte Truppenreduktion wird die Bedeutung Deutschlands als Drehscheibe für Bündnisverstärkung schon aufgrund seiner geographischen Lage nicht schmälern können und wird sicherlich von künftigen US-Administrationen politisch wieder neu bewertet werden.

Die für den beschriebenen Aufgabenkatalog der Bundeswehr notwendigen Kräfte können auch nach dem geplanten, aber noch ungesicherten Aufwuchs auf 200.000 Soldaten nicht allein mit militärischen Kräften sichergestellt werden. Die **Kooperation mit zivilen Dienstleistern** ist heute und künftig unverzichtbar. Dazu gehört u.a. der Eisenbahntransport durch die Deutsche Bahn, mit der das BMVg jetzt eine Vereinbarung über einen kurzfristig abrufbaren Waggonpool mit entsprechenden Traktionsmitteln getroffen hat. Zahlreiche logistische Dienstleistungen wie Hafenumschlag, Feldlagerbetrieb

oder Transport (Lkw, Bahn, Schiff) werden mit zivilen Trägern vertraglich geregelt. Soldaten und Zivilisten können in Einrichtungen der Industrie oder der Bundeswehr unter einem Dach Aufgaben der Materialerhaltung wahrnehmen. So bleibt das fachliche Know-how auch beim Militär erhalten.

Ausbildungspartnerschaften können sicherstellen, dass ausgebildete Feldwebel, sprich Meister, später von der Zivilwirtschaft übernommen werden und in ihrem alten Aufgabenfeld weiter arbeiten können. Es wird auch daran gedacht, dass künftig die Lagerung von Übungsmunition und die Aussonderung von Altmunition durch die Industrie erfolgt, so dass Lagerkapazitäten für die Aufstockung scharfer Einsatzmunition in den Depots frei werden.

So schließt sich das Bild einer arg belasteten und gebeutelten Bundeswehr, welche für viele Aufgaben zukunftsfähig gemacht werden muss und der Unterstützung durch die Bürger bedarf. Hier können Reservisten als Werber und Mittler im Alltag in vielen Gesprächen und Aktionen tätig werden.

Jürgen Dreifke, Oktober 2019 mit Anpassungen im August 2020